

Stadt(rat) ist gefragt

Von Marius Koity

„Pößneck ist kein Hort der rechten Gewalt“, versicherte Polizeiberrat Jürgen Höhn in zwei Diskussionsrunden am Donnerstagabend. An den Tischen von Bürgermeister Michael Roolant (CDU) und der Landtagsabgeordneten Dagmar Künast (SPD) stellte er aber auch klar, dass Pößneck ein Problem hat, das „rechts liegt“. Der Chef der Polizeidirektion zeigte deutlich auf, dass die aktuellen Bemühungen seiner Leute langfristig nichts bringen, wenn auf kommunaler Ebene nichts passiert. Ob und inwiefern eine Thematisierung der rechten Gewalt in den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlkämpfen günstig ist, das war am Donnerstagabend eine andere Frage. Die PDS sammelt jedenfalls schon kräftig Stimmen und pikanterweise beginnt auch Birso- und Ex-Republikaner-Chef Wolfgang Kleindienst dieses Feld zu entdecken. Entsprechend giftig ist man auf Seiten der CDU und SPD. Allerdings fragt man sich in Pößneck schon, wieso es die großen Parteien überhaupt dazu kommen ließen, dass die PDS das wirklich nicht zu übersehende Thema der rechten Gewalt in der Stadt besetzt. Verdrängen und Verharmlosen sind eben nicht immer die besten politischen Rezepte. Der Pößnecker Kommunalpolitik bleibt also zu beweisen, dass sie mit der rechten Gewalt in der Stadt angemessen umgehen kann.

Polizei empfiehlt Pößneck Sorgentelefon rechte Gewalt

Diskussionsrunden bei Michael Roolant und Dagmar Künast

Von OTZ-Redakteur
Marius Koity

Pößneck. Polizeiberrat Jürgen Höhn, Chef der Polizeidirektion Saalfeld, hat der Stadt Pößneck die Einrichtung eines Sorgentelefonen gegen rechte Gewalt empfohlen. Hier könnten Bürger, die rechtsradikale Aktivitäten beobachten, jedoch aus welchen Gründen auch immer keine Anzeige erstatten und nicht als Zeuge zur Verfügung stehen wollen, anonym auf diese Taten hinweisen. Die Polizei würde dann diesen Hinweisen nachgehen.

Diese Empfehlung gab Jürgen Höhn in zwei Diskussionsrunden am Donnerstagabend in Pößneck, zu denen Bürgermeister Michael Roolant (CDU) und die SPD-Landtagsabgeordnete Dagmar Künast eingeladen hatten. Beim Bürgermeister saßen Kommunalpolitiker mit am Tisch, bei der Landespolitikerin auch Vertreter des Saale-Orla-Kreises.

Michael Roolant gab in den beiden Runden zu verstehen, dass er die Idee des Sorgentelefonen prüfen wolle. Zur Entgegennahme der Hinweise aus der Bevölkerung soll eine „kompetente Person“ gefunden werden.

Jürgen Höhn mahnte die Pößnecker Kommunalpolitik, in der Frage der rechten Gewalt mit einer Stimme zu sprechen. „Es wäre tragisch für Pößneck“ und die

Außenwirkung wäre verheerend, wenn kein gemeinsamer Nenner gefunden wird. Der Kommunalpolitik empfahl der Polizeiberrat weiter, den Ausländern und den Deutschen ausländischer Herkunft in Pößneck mit geeigneten Mitteln zu zeigen, dass man sich um ihre Ängste kümmert. Und zur allgemeinen Aufklärung sollten Infostände gegen rechte Gewalt angeboten werden. Aus polizeitechnischer Sicht liegen die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate „noch auf niedriger Stufe“, sagte Jürgen Höhn, die Lage sei noch in den Griff zu bekommen. Daher sei die Stadt Pößneck gut beraten, „jetzt einzugreifen, um die nächsthöhere Stufe zu verhindern“.

Jürgen Höhn, der den Kommunal-, Kreis- und Landespolitikern gemeinsam mit Polizeihauptkommissar Hans-Jürgen Reinert, amtierender Leiter der Polizeistation Pößneck, berichtete, stellte fest, dass das Problem der Stadt Pößneck „momentan rechts liegt“. Hans-Jürgen Reinert hatte von einer „Häufung von Straftaten über das normale Maß hinaus, bei denen ein rechtsradikaler Hintergrund nicht auszuschließen ist“, gesprochen. Zu den Angriffen auf Döner- und Pizza-Geschäfte stellte Jürgen Höhn klar, dass die Polizei keinerlei Hinweise darauf hat, dass in Pößneck kurdisch-türkische

Konflikte ausgetragen oder Schutzgelderpressungen versucht werden, worauf Michael Roolant angespielt hatte.

Jürgen Höhn versicherte, dass die Polizei alles tun würde, was im Rahmen ihrer Möglichkeiten steht, um die rechte Szene zu bekämpfen. So sei die Polizei verstärkt auch in Zivil in der Stadt präsent. „Wir können Pößneck aber nicht immer mit starker Präsenz abdecken.“ Die zuständigen Stellen in der Polizeidirektion Saalfeld arbeiten nicht zuletzt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz zusammen.

Die Landtagsabgeordnete Dagmar Künast hatte die „mangelhafte Besetzung“ der Polizeistation Pößneck angesprochen. Dazu sagte Jürgen Höhn, es sei „sicher kein Geheimnis“, dass die Polizeistrukturreform nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht habe: „Das Ziel 'Mehr Grün auf der Straße' wurde nicht erreicht.“ Man überlege bereits, wie die Polizeistation Pößneck personell verstärkt werden könne, zumal es hier „das größte Straftatenaufkommen“ im Kreis gebe.

Aus gewaltpräventiver Sicht wünschte sich Dagmar Künast „mehr Koordination“ in der Jugendarbeit. Heike Taubert (SPD), Beigeordnete des Landrates, will sich mit dem zuständigen Fachdienst im Landratsamt des Saale-Orla-Kreises darum kümmern

Samstag 27. September 2003